

Der Maler

Organ des Verbandes der
Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonntags
Abonnementpreis 1,50 M. pro Quartal
bei freier Zustellung unter Kreuzband 2 M.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 26, Altona-Gröth-Strasse 1, 1. Stock
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postcheckkonto:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598

Um den Achtstundentag.

Auf der in Genf tagenden Konferenz des Internationalen Arbeitsamtes kam es zu einer lebhaften Achtstundentagsdebatte, die sich zu einer politisch sehr bedeutungsvollen Rundgebung für die Ratifikation des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag steigerte. Die Arbeitervertreter, Merten, Jouhanv und Poulton erhoben namens der organisierten Arbeiter ihrer Länder die Forderung, daß die Reparationszahlungen nicht allein auf Kosten der deutschen Arbeiter geleistet werden dürften. Ferner führten sie Protest gegen die Verlängerung der Arbeitszeit in Deutschland, die unter dem Vorwande, mit ihrem Ergebnisse Reparationen zu leisten, nur dazu diene, den Unternehmern ein Privileg gegen die deutschen Arbeiter zu verschaffen. Außerdem aber werde die Verlängerung der Arbeitszeit in Deutschland zu einem Vorwand für die Kapitalisten der andern Länder, auch ihrerseits den Neun- und Zehnstundentag zu verlangen. Der französische Arbeitsminister Gobard gab einen Überblick über die Durchführung und die praktischen Wirkungen des Achtstundentages in Frankreich, unter anderem führte er aus:

Eine Erhebung des französischen Arbeitsamtes, die demnächst veröffentlicht wird, erlaubt mir zu behaupten, daß der Achtstundentag in Frankreich das Familienleben verbessert und einen großen Aufschwung aller Veranstaltungen gebracht hat, die auf sozialem Gebiete organisiert sind: für die Pflege der Gesundheit, der physischen Kultur, des Wissens durch Kurse, Lektüre, sowie in künstlerischer Beziehung durch Ausdehnung der Musikvereine usw. Seit 1919 hat sich die Zahl der Arbeitergärten um 45% vermehrt. Der Alkoholismus ist stark zurückgegangen. Ueber diesen Punkt hat die Erhebung zahlreiche und unwiderlegliche Zeugnisse gesammelt.

Wenn ich Ihnen die Ergebnisse unserer Erfahrungen darlege, so kann ich nicht verschweigen, was wir über die Auswirkungen des Achtstundentages auf die Arbeitsleistung wissen. Wir haben sehr genaue Untersuchungen, die auf einer exakten Berechnung fußen, und uns beweisen, daß überall, wo der Unternehmer das Gesetz nicht nur erduldet hat, sondern eingeschlossen das Kapital dem Achtstundentag angepaßt hat, überall eine Produktion entstand, wo die Vergewandung der Kräfte verbannt ist und die ihn befriedigt. Frankreich hat berart durch eine kühne Sozialpolitik, die in der gegenwärtigen demokratischen Regierung eine entschlossene Stütze finden wird, sich bemüht, die Arbeit zur vollen Geltung zu bringen, indem es für ihre Mühe die unerläßliche Prämie schuf, die ihr ermöglicht, ihre verausgabten Kräfte wiederherzustellen und ihre technische und allgemeine Bildung zu erhöhen. Selbst mitten in der Krise nach dem Siege war Frankreich der Meinung, daß es seinen allgemeinen Interessen nicht besser dienen kann, als durch den Schutz des wesentlich schöpferischen und aktiven Elementes des Wohlstandes: der Arbeit. Zu keinem Zeitpunkt hat Frankreich, das an der Wiederherstellung der verwüsteten Gebiete gearbeitet und noch zu arbeiten hat, daran gedacht, diesen schweren Notwendigkeiten die Inkrustierung der Reform des Achtstundentages unterzuordnen. Das sind zwei getrennte Probleme. Wir haben gedacht, daß sie nicht miteinander verbunden werden dürfen, ohne den Geist zu verfeinern, der den Abschnitt 13 des Vertrages von Versailles belebt, ohne eine schwere Ungerechtigkeit gegenüber der Arbeiterschaft, ohne die andern Faktoren der Produktion anzureizen, einen Teil ihrer Verantwortung und ihrer Pflichten auf die Arbeiterschaft abzuwälzen. In ihrer jüngsten ministeriellen Erklärung, die die Mehrheit der Deputiertenkammer gebilligt hat, verkündete die französische Regierung: Wir werden an den Errungenschaften der Arbeiter nicht rühren lassen. Das Gesetz über den Achtstundentag, das sich anpassungsfähig erwiesen hat und die materiellen und moralischen Bedingungen der Lohnarbeiterschaft von Grund auf verbesserte, werden wir aufrechterhalten. Wir wünschen die schnelle Ratifizierung der Abkommen, die von den internationalen Arbeitskonferenzen von Washington und Genf angenommen wurden.

Der deutsche Regierungsvertreter Dr. Lehmann führte aus, daß die deutsche Regierung bei grundsätzlicher Anerkennung des Achtstundentages zurzeit infolge der wirtschaftlichen Krise nicht in der Lage sei, auf eine verlängerte Arbeitszeit zu verzichten. — Dann gab der Vertreter der deutschen Arbeiterschaft, Genosse S. Müller eine Erklärung ab, daß die deutschen Arbeiter

unbedingt am Achtstundentag festhalten. Die Ausnützung der augenblicklichen Notlage durch die deutschen Unternehmer werde die Arbeiter nicht daran hindern, den Achtstundentag zurückzuerobern. Die Sozialpolitik der deutschen Republik habe durch die Inflation einen schweren Rückschlag erlitten; aber auch die außenpolitischen Schwierigkeiten, wie die Ruhrbesetzung, hätten der deutschen Demokratie schweren Schaden getan und die Arbeiterschaft dem Radikalismus von links und rechts in die Arme getrieben. Man hoffe aber, daß jetzt auch im Auslande ein grundsätzlicher Wandel zu einer Politik der Verständigung sich vollziehen werde. Der deutsche Arbeiter billige das Sachverständigengutachten als Grundlage für die wirtschaftliche Wiederherstellung der Einheit Deutschlands; er wende sich aber dagegen, daß die deutschen Unternehmer ihm zumuten, die Reparationslasten durch Mehrarbeit abzutragen. Ebenso lehnten die deutschen Arbeiter den Plan einer eventuellen Wirtschaftskontrolle in Deutschland ab, es sei denn, daß diese Kontrolle in allen Ländern ausgeübt werde. Wenn bei den Reparationen Rücksicht genommen werde auf die deutschen Arbeiter, so würden damit zugleich die Arbeiter aller Länder gestützt.

Herr Vogel vom Deutschen Industriellenverband erklärte dann unter allgemeiner Bewegung, daß die Mehrarbeit zur Aufrechterhaltung der deutschen Wirtschaft unbedingt notwendig sei. Irgendwelche Beschlüsse der Internationalen Arbeitskonferenz über den Achtstundentag hätten keinerlei Bedeutung für die deutsche Industrie, die sich volle Freiheit vorbehalten müßte, so zu handeln, wie es ihr als richtig erschiene. Genosse Müller verzichtete in einer persönlichen Bemerkung darauf, innerdeutsche Angelegenheiten vor dieses Forum zu bringen, wie es Herr Vogel getan habe. — Der englische Regierungsvertreter Davies erklärte, der Achtstundentag sei in England in vollem Umfange durchgeführt worden, und die englische Regierung werde die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens vornehmen, sobald dies nach dem Arbeitsplan des Unterhauses möglich sein werde. Gestützt auf einige Zitate aus dem Sachverständigengutachten, führte der Redner sodann aus, die Belastung des deutschen Steuerzahlers zur Tilgung der inneren Schuld Deutschlands sei durchaus nicht größer als die Belastung der Steuerzahler in den alliierten Ländern. Daraus folge, daß man das Sachverständigengutachten nicht als Argument für die Einführung der angeforderten Arbeitsrechte in Deutschland benutzen könne. Niemals könne behauptet werden, daß die Reparationsfrage ein Grund sei zur Rechtfertigung der Ablehnung des Achtstundentages. Die Verkürzung der Arbeitszeit sei der einzige tatsächliche Vorteil, den die Arbeiter beim Friedensschluß erhalten hätten, und diejenigen, die sie dieser Wohltat berauben wollten, würden eine schwere Verantwortung auf sich nehmen. — Der polnische Regierungsvertreter erklärte unter anderem, es sei falsch gewesen, seinerzeit bei der Genfer Konvention Polen die Verpflichtung aufzuerlegen, auch in den polnisch werdenden Teilen Oberschlesiens die deutsche Arbeitszeitgesetzgebung beizubehalten. Polen sei bereit, das Washingtoner Abkommen zu ratifizieren. Im gleichen Sinne sprachen sich auch der belgische und der tschechoslowakische Regierungsvertreter aus.

Geheimrat Dr. Lehmann verlas darauf im Namen der Reichsregierung eine längere Erklärung, die eingehend auf alle Kritiken entgegnet, die an die Verordnung vom Dezember 1923 geknüpft worden waren. Das jetzige Arbeitszeitgesetz sei ein Notgesetz, die Regierung werde die Initiative zu einer Neuregelung treffen, sobald die Verhältnisse es gestatten. Die Antwort auf diese vorgeschobenen Gründe hat Genosse Hermann Müller sogleich gegeben. Die Tatsache bleibt doch bestehen, daß man in einer Zeit, wo Millionen Arbeitskräfte völlig ohne Arbeit sind oder nur Kurzarbeit leisten, nicht gezwungen ist, die Arbeitszeit

zu verlängern, sondern daß man die durch diese lange Arbeitslosigkeit geschwächte Widerstandskraft der Arbeiterschaft benutzte, um den Achtstundentag wieder zu beseitigen, gegen den das Unternehmertum ohne Unterlaß Sturm lief.

Die dreitägige Aussprache der internationalen Konferenz über den Achtstundentag wurde mit einer Rede des Direktors des Arbeitsamtes, Thomas, abgeschlossen, die sich ausschließlich auf die Frage des Achtstundentages in Deutschland bezog. Thomas gab zu, daß Deutschland in den vergangenen Jahren den Achtstundentag durchgeführt habe, und daß auch die Neuordnung grundsätzlichen den Achtstundentag beibehalte, der in einzelnen Industrien tatsächlich auch weiter bestesse, hob dann aber nachdrücklich hervor, daß die Tatsache der Mehrarbeit in Deutschland eine internationale Gefahr bilde, und beurteilte vor allem die Abkehr der Metallindustrie vom Dreischichtensystem. Er wies an der Hand politischer und tschechoslowakischer Erklärungen auf die Beunruhigung hin, die die deutsche Mehrarbeit in andern Ländern hervorrufe, und bestritt, daß Mehrarbeit immer Mehrproduktion bedeute, da letztere leichter durch technische Betriebsverbollkommnung erreicht werde, wobei er bemerkte, daß Deutschland, wie der Sachverständigenbericht feststellte, sein industrielles Rüstzeug erneuert habe. Er erklärte dann weiter, daß, wie das Beispiel Frankreichs und Belgiens zeige, die Reparationen auf Grund des Achtstundentages geleistet werden könnten. Thomas gab zu, daß formell der deutsche Regierungsvertreter berechtigt sei, die Frage der Arbeitszeit als eine Angelegenheit der deutschen Souveränität zu betrachten, und begrüßte die Erklärung Lehmanns, daß es sich bei der Mehrarbeit in Deutschland nur um eine vorübergehende Maßnahme handele. Er verstehe auch, daß Deutschland sich gegen jede Kontrolle wehre, und habe auch niemals an eine Kontrolle im Sinne einer Arbeitsinspektion oder dergleichen gedacht. Aber er halte es für unentbehrlich, daß auf Grund von besonderen Vereinbarungen die andern Völker die Garantie erhalten, daß es sich tatsächlich um vorübergehende Maßnahmen handele. Thomas erinnerte dann an die Erklärung des englischen Regierungsvertreters und verlas eine Stelle des Sachverständigengutachtens, nämlich § 8 B Teil I, wo es als ungerichtet bezeichnet wird, daß die Alliierten im industriellen Wettbewerb durch höhere Unkosten und auch höhere Gehälter als der deutsche Konkurrent gehindert würden. Dies bedeute die Forderung eines wirtschaftlichen Gleichgewichtes, dies bedeute, daß der wirtschaftliche Aufbau Deutschlands nur ein Moment des europäischen Wiederaufbaues sei. Dieses Gleichgewicht würde aber gebrochen durch einseitige Beschlüsse, denn „wenn Sie in dem gleichen Augenblick,“ so rief Thomas der deutschen Delegation zu, „in dem Sie die Empfehlungen des Sachverständigengutachtens annehmen, diese Empfehlungen durch Beschlüsse über die Arbeitszeit ansetzen, die tatsächlich den auf anderer Grundlage von den Sachverständigen aufgestellten Schlussfolgerungen zuwiderlaufen, so bedenken Sie, welche Verantwortung dann auch auf Deutschland unter dem Gesichtspunkte der Arbeiter- und Sozialfürsorge zurückfällt.“ Thomas erinnerte weiter an die Resolution der Arbeitergruppe, die noch zur Beratung kommen würde, und auf die er nicht eingehen könne, bemerkte aber dazu, daß die notwendige Garantie durch internationale Vereinbarungen darüber zu erzielen sei, daß der Sachverständigenbericht gewährleistet werde. Als Organ, das diese Garantie bieten könne, bezeichnete er die Reparationskommission, deren Aufgabe es sei, das wirtschaftliche Gleichgewicht zu gewährleisten. Thomas unterstrich schließlich die Notwendigkeit einer Beschleunigung der Ratifizierung der Vereinbarung über den Achtstundentag und sagte, in diesem Zusammenhang seien die Erklärungen der belgischen Regierung und des englischen und französischen Arbeitsministers wertvoll. Er frage sich, ob Deutschland, sobald diese 3 Staaten ratifiziert haben, noch weiter zögern wolle. Thomas

fakte seine Darlegungen folgendermaßen zusammen: „Von irgendeinem autoritativen Eingreifen in die deutsche Souveränität ist niemals die Rede gewesen, aber helfen Sie mir, die internationale Garantie zu finden für alle beunruhigten Staaten.“ Thomas schloß unter lebhaftem Beifall mit dem Ausdruck des Vertrauens in die Grundsätze des Achtstundentages.

Die Arbeitszeit in Deutschland.

Der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund hat mit Hilfe der Ortsvereine eine statistische Erhebung über die Dauer der Arbeitszeit, einschließlich der geleisteten Nebenstunden, vorgenommen, um den Umfang der Arbeitszeitverlängerung festzustellen, die in Deutschland auf Grund der Arbeitszeitverordnung vom 23. Dezember 1923 Platz gegriffen hat. Die Erhebung fand in der Woche vom 12. bis 17. Mai dieses Jahres statt und wurde von vornherein auf 7 der wichtigsten Berufe beschränkt. Die Erhebung ist also in Wirklichkeit nur eine Art Stichprobe, die jedoch, da sie auf das ganze Reich ausgedehnt ist und typische Berufe umfaßt, ein ziemlich getreues Bild der tatsächlichen Arbeitszeit geben dürfte.

Die Erhebung umfaßte insgesamt 46 122 Betriebe mit 2 453 523 beschäftigten Personen. Sie ist geteilt einerseits nach Berufen, andererseits nach wirtschaftlich zusammenhängenden Gebieten. Von je 100 erfaßten Betrieben und Beschäftigten arbeiteten demnach in der Woche vom 12. bis 17. Mai länger als 48 Stunden:

	Über 48 Stunden		Davon über 64 Stunden	
	Betriebe	Personen	Betriebe	Personen
A. Bezirke:				
1. Baden	41,0	53,3	1,7	1,2
2. Bayern	37,4	68,0	1,9	4,1
3. Rheinl.-Westf. ..	44,4	81,2	14,7	47,7
4. Hessen	31,9	47,9	1,4	4,7
5. Thüringen	28,2	39,1	3,5	5,6
6. Prov. Sachsen ..	96,3	50,0	11,7	20,3
7. Sachsen	35,5	58,4	1,0	1,7
8. Brandenburg ..	30,4	36,4	2,8	1,7
9. Schlesten	36,1	52,0	3,9	8,5
10. Hannover	25,7	54,2	2,8	3,1
11. Hamburg	13,0	35,2	0,4	4,2
12. Pommern	25,2	15,1	6,5	3,5
13. Ostpreußen	32,2	37,2	15,1	16,3
14. Saargebiet	1,9	0,4	—	—
Insgesamt	33,5	54,7	5,1	13,0
B. Berufe:				
Baugewerbe	10,7	11,0	2,6	2,9
Buchdruckgewerbe ..	46,3	49,4	1,2	1,7
Chem. Industrie	50,7	44,0	10,5	7,8
Holzgewerbe	11,9	21,4	2,7	4,6
Metallindustrie	52,1	63,5	10,8	21,1
Schuhindustrie	20,7	14,5	0,4	0,3
Textilindustrie	78,2	82,4	2,5	4,3
Insgesamt	33,5	54,7	5,1	13,0

Aus dieser Tabelle geht hervor, daß Metallindustrie und Textilindustrie bezüglich der Arbeitszeitverlängerung an erster Stelle stehen, was andererseits auch bei den verschiedenen Wirtschaftsgebieten, wo diese Industrien dominieren, zum Ausdruck kommt. Eine Ausnahme hiervon bildet nur das Saargebiet, das arbeiten nur 0,4 % der erfaßten Personen über 48 Stunden die Woche. Man kann also sagen, daß im Saargebiet der Achtstundentag fast restlos eingehalten wird. Allerdings muß dabei bemerkt werden, daß das Saargebiet nicht der berücksichtigten Arbeitszeitverordnung untersteht. Wenn man daneben die Tatsache berücksichtigt, daß im übrigen Deutschland 54,7 %, also mehr als die Hälfte der Arbeiter und Angestellten über 48 Stunden die Woche arbeiten, dann drängen sich unwillkürlich Vergleiche auf, die nicht zugunsten der Sozialpolitik des Deutschen Reiches sprechen. Nicht erfaßt worden ist von der Erhebung die Industrie, die bei der Verlängerung der Arbeitszeit sich auf die Reparationslasten beziehen kann, wie der Bergbau. Inwiefern die andern Industriezweige betroffen sind, die vorgenommene Arbeitszeitverlängerung oder der mit allen Machtmitteln erzielte Versuch hierzu im gesamten Baugewerbe mit den Reparationslasten zu begründen, dafür sind die Unternehmerverbände den Beweis schuldig geblieben. Das Unternehmertum hatte eben keinen andern Grund als den, die Gewerkschaften niederzudrücken. Es hielt die eingetretene Wirtschaftskrise, die ungeheure Arbeitslosigkeit, das Hungerelend in der deutschen Arbeiterklasse als günstigste Gelegenheit, seine längst gehegten Pläne zu verwirklichen, die auf Arbeitszeitverlängerung und Lohnrückwärtsbewegung hinausgingen. Wenn sich die Arbeiter nicht dagegen zur Wehr setzten, so handelt es sich nicht um ihren eigenen, sondern auch im Interesse der deutschen Wirtschaft.

Sachverständigengutachten und Gewerkschaften.

Die sozialistischen Spitzenorganisationen, ADGB, I. O. G. und I. O. A., haben in einer Eingabe an die Reichsregierung den Standpunkt der freien Gewerkschaften zum Sachverständigengutachten wie folgt dargelegt: „Den Gewerkschaften ist bekannt, daß die Reichsregierung eine an der Durchführung der Anregungen arbeitet, die das Sachverständigengutachten der Dawes-Kommission für den deutschen Staat und die Gestaltung der Steuern gegeben hat. Sie bemerken aber jedes Anzeichen dafür, daß aus den Anregungen nachgegangen wird, die in dem Gutachten der Sachverständigen über die deutsche Steuerreform ausgesprochen worden sind. Die Sachverständigen haben der Behauptung nicht entgegen können, daß sie sich in der Klasse in Deutschland in den letzten Jahren von dem in Kraft befindlichen Steuerrecht nicht

in angemessener Weise erfaßt worden sind, weder in einem Maße, das sich mit Rücksicht auf die Besteuerung der arbeitenden Massen rechtfertigen würde, noch in einem Maße, das mit der Belastung der reicheren Klasse in andern Ländern vergleichbar wäre. Das Gutachten der Dawes-Kommission unterstreicht die Notwendigkeit, schon für das laufende Einkommensteuerjahr wichtige gesetzliche Ergänzungen vorzunehmen. Das gilt im besonderen für die Einkommensteuer der sich selbst einschätzenden und für die Auslandsverdienste, aber ebenso für eine Besteuerung der Geldverwertungsgewinne und für den Abbau der Umfahsteuer. Auch den Ertrag der deutschen Erbschaftsteuer haben die Sachverständigen als „außerordentlich niedrig“ bezeichnet.

Die Gewerkschaften ersuchen die Reichsregierung um Aufklärung darüber, welche Maßnahmen im besonderen nach dieser Richtung im Interesse einer gerechten Verteilung der Wiedergutmachungslasten in Angriff genommen worden sind. Sie haben auch das stärkste Interesse daran, zu erfahren, welche sonstigen steuerlichen Maßnahmen auf dem Gebiete der indirekten Steuern vorbereitet werden.

Die Spitzenverbände halten eine Aussprache mit der Reichsregierung für außerordentlich dringend. Mächtige Interessenorganisationen organisieren systematisch den Widerstand gegen die Staatsnotwendigkeiten und sprechen dabei, wie erst jüngst die Vertreter der Landwirtschaft, sogar vor Drohungen nicht zurück. Die Bestrebungen dieser Kreise münden sämtlich in dem einen Wunsche, in Zukunft möglichst von den Lasten, die Deutschland zu tragen hat, frei zu werden und sie auf die Arbeitnehmer abzuwälzen. Das steigert selbstverständlich die Erbitterung der Arbeitnehmer aufs höchste. Die vielen Millionen Arbeitnehmer, die in den Gewerkschaften vereinigt sind, lehnen entschieden die Auffassung ab, daß wachsende Entbehrungen und steigende Not in den breiten Massen des Volkes eine zur Gesundung unerhebliche Notwendigkeit seien.

Die Unterzeichneten bitten die Reichsregierung, tunlichst bald Tag und Stunde zu einer Aussprache mit Vertretern der unterzeichneten gewerkschaftlichen Spitzenverbände festzusetzen zu wollen.

Die Herrschaft des Monopol- und Finanzkapitals.

Alle die Kräfte, von denen die Völker seit dem Krieg heimgesucht wurden, und die sozial Elend und Not heraufbeschworen haben, waren mächtige Förderer der Kapitalkonzentration. Ein mächtiger Wind auf die wichtigsten Industriestaaten Europas, Deutschland, England, Frankreich, zeigt uns diese Entwicklung. In Deutschland haben sowohl Inflation wie Stabilisierung den Konzentrationsprozeß gefördert. In der Inflationszeit konnte das Großkapital die kleineren Unternehmen auffangen. Es bediente sich dabei der beschriebenen Mittel. Das Großkapital hatte die gesicherten Kredite der Reichsbank und die großen Devisenreserven, mit deren Hilfe und durch andere Schikanen, wie Bezugsrecht, Aktienkauf, Aufkauf von Aktien auf dem Umweg fremder Unternehmen usw., die kleineren, sich oft in bedrängter Lage befindenden Unternehmen aufgekauft beziehungsweise zur Aufgabe ihrer Selbstständigkeit gezwungen wurden. Mit der Stabilisierung der Währung ging dann eine Kreditkrise, eine unerhörte Geldknappheit einher. Die Kapitalkonzentration wird auch durch diese begünstigt. Es sind die großen Konzerne, welche neben der Landwirtschaft die billigen Reichsbankkredite genießen — sie erhalten Geld zu 10 %, während die andern das Sechsbis Siebenfache an Zinsen zahlen müssen — und die ausländische Kredite erhalten. Da sie die eigenen Unternehmen in der Regel selbst finanzieren, müssen die von ihnen erzielten zeitweiligen Geldüberschüsse nicht in die Kanäle der übrigen Wirtschaft. Die herabgedrückten Aktienkurse ermöglichen es ihnen, sich die Aktienmehrheit unabhängiger Unternehmen unmittelbar oder auf Umwegen zu spottbilligen Preisen zu verschaffen. So können sie die Geldnot in vielfacher Hinsicht zur Erweiterung ihrer Macht ausnützen. Die außerordentlich bedeutungsvolle Kapitalkonzentration in England, die dort nach dem Krieg einsetzte, hat einen andern Charakter, doch hat sie in der deutschen Inflation ihre mächtigste Triebkraft gefunden. Um den Kampf mit den deutschen Waren aufnehmen zu können, die dank des Valutadumping der Inflationszeit einen Vorsprung am Weltmarkt hatten, mußten die englischen Unternehmen zur Verbilligung der Produktion schreiten, und das taten sie flügerweise nicht durch Arbeitszeitverlängerung und übermäßige Lohnkürzungen, die nur den inneren Absatz gefördert hätten, sondern durch technische Verbesserungen der Produktion, wozu auch die Zusammenlegung der Betriebe behufs Herabsetzung der Generalunkosten gehörte. Der englische Konzentrationsprozeß wich daher in diesem wesentlichen Punkt von dem deutschen, der überwiegend nur auf Machterweiterung der Konzerne ausging, ab. In Frankreich wurde die Konzentration des Kapitals durch die Erwerbung Elsass-Lothringens, des Saargebietes und durch den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete auch von Staats wegen mächtig gefördert, indem die Verteilung der Kriegsbente am besten durch Schaffung von großen Industriezentren vor sich gehen konnte. Der übermäßig hohe Schutzoll hat freilich die Konzentrationsbewegung in Frankreich bereits früher schon auf einen hohen Stand gebracht.

Dieser Abschnitt der nationalen Kapitalkonzentration, der jetzt seinem Höhepunkt entgegensteht, wird demnach eine neue Verschärfung in die internationalen Beziehungen, insbesondere in die Handelspolitik hineinragen. Die Jagd nach den Absatzmärkten wird bald mit unerhörter Wucht einsetzen. Deutschland muß seine Ausfuhr mit Anspannung aller Mittel betreiben, um Reparationen zu zahlen, Frankreich — als neuentstandener Industriestaat mit Ikerischen an Industrieprodukten — um diese loszuwerden, England als Exportstaat, um dem Weltkampf die Spitze zu bieten. Die Vereinigten Staaten werden bald ebenfalls in den Strudel hineingezogen werden. Bereits die letzten Monate zeigen dort eine mächtige Tendenz zur Förderung der Ausfuhr auf Kosten der Einfuhr. Je mehr in den Vereinigten

Staaten die Sättigung des inneren Marktes fortschreitet, um so heftiger wird auch dort die Jagd nach den Absatzmärkten einsetzen. Die Ausfuhrpolitik eines Landes, dessen Industrie hochgradig konzentriert ist, nimmt ganz andere Formen an, als wenn die inländischen Unternehmen untereinander im Konkurrenzkampf stehen. Ein Dumping sondergleichen steht zu erwarten. Australien und Argentinien können zum Beispiel aus diesem Grunde den Kampf mit dem Fleisch aus der Vereinigten Staaten nicht aufnehmen, obwohl die Qualität ihres Fleisches viel besser ist. Wegen des amerikanischen Fleischtruffs fordert Australien von England Vorzugszölle, deren Einführung aber mit der Abkehr Englands vom Freihandel gleichbedeutend wäre, was wieder für die ganze Weltwirtschaft von einschneidender Bedeutung wäre. Dieses neue Beispiel soll nur dazu dienen, die handelspolitischen Folgen der fortschreitenden Kapitalkonzentration zu beleuchten.

Zu gleicher Zeit hat die Macht des Finanzkapitals gewaltig zugenommen. Am wenigsten noch in Deutschland, wo die ersten Jahre der Inflation den Banken Substanzverluste verursachten und erst die letzten sie auf den Weg der Substanzhaltung gebracht haben. Auch sind in Deutschland die großen Konzerne in der Regel von den Großbanken unabhängig, ja haben die Großbanken oft in ihre Abhängigkeit gebracht, sie ihren Konzernen einfach angegliedert. Seit der Stabilisierung ist aber die Macht der Großbanken im Steigen. Wenn auch die Beträge, die sie als Kredite zu verteilen haben, vorerst noch gering sind, bedeutet die Verfügung darüber eine sehr große wirtschaftliche Macht. Da die Geldknappheit auch weiter andauern wird, während die Banken voraussichtlich durch das langsame Anwachsen der Depositen über größere Beträge verfügen werden als jetzt, wird ihre Macht und Bedeutung immer steigen. In Österreich zum Beispiel, wo das Industriekapital sowohl in bezug auf die Finanzierung der Unternehmen abhängig ist, wie auch letzteres in den Industrieunternehmen selbst stark beteiligt ist, muß die Industrie den Banken in Form von ungeheuren Zinsen einen enormen Tribut entrichten. In den Ländern mit Gelbaluta ist aber die Macht des Finanzkapitals ungebrochen, ja stellt es die höchste Macht dar. Als Geldgeber diktiert sie den Staaten ihre Bedingungen. Bezeichnend ist eine Aeußerung des französischen Ministerpräsidenten Herriot vor seinem Regierungsantritt über die Anleihe, die der amerikanische Bankier Morgan Frankreich vor einigen Monaten zur Stützung des französischen Franken gewährte. Frankreich mußte die Anleihe mit Gold voll decken, außerdem sich aber Bedingungen unterwerfen, von denen Herriot erklärte, daß Morgan Frankreich behandelt habe, als sei es die Türkei (er hat auf die frühere Behandlung der Türkei seitens des Finanzkapitals angespielt). Die russisch-englischen Verhandlungen, der englisch-mexikanische Konflikt, der amerikanisch-chinesische Streit wegen der russisch-chinesischen Eisenbahn, das Schicksal der österreichischen und ungarischen Völkerbundsanleihe, die vom ausländischen Privatkapital zu guten Zinsen bereitgestellt wurden, zeugen alle von der Macht des internationalen Finanzkapitals, das seinen Willen sowohl dem eigenen Land, viel mehr aber noch den fremden Schuldnerländern aufzwingt. So bedroht das Finanzkapital auf Schritt und Tritt das friedliche Zusammenleben der Völker und den Weltfrieden. (H. S.)

Die Stellung des Internationalen Gewerkschaftsbundes in der internationalen Arbeiterbewegung.

1. Die Stellung des IGB in der internationalen Arbeiterbewegung ist bedingt durch die grundsätzliche und taktische Haltung der ihm angeschlossenen gewerkschaftlichen Landeszentralen.

2. Gemeinsames Ziel der Gewerkschaften ist die Verbesserung der ökonomischen und sozialen Lage der Arbeiterklasse durch organisierte Selbsthilfe. Staatliche soziale Reformen und Gesetze zum Schutze der Arbeiter sind geeignet, die Tätigkeit der Gewerkschaften wirksam zu ergänzen, ihre Erfolge zu festigen und ihren Kampf zur Beseitigung der Lohnflaverel und des Kapitalismus zu erleichtern.

3. Neben dem Kampf für die Hebung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage und für die Verwirklichung ihres Mitbestimmungsrechtes in der Wirtschaft müssen die Arbeiter sich auch die politische Freiheit und ihren unbeschränkten Einfluß im Staatsleben erkämpfen. Die Führung dieses politischen Kampfes ist Aufgabe der politischen Arbeiterparteien.

4. Die Gewerkschaften als die wirtschaftliche Interessenvertretung der Arbeiter müssen jedoch, soweit es die Erfüllung der Aufgaben in ihrem Tätigkeitsbereich erfordert, auch auf die Politik des Staates einwirken, wie es die Unternehmerverbände ebenfalls tun. Sie treten damit aber nicht in den Dienst einer politischen Partei und können ihre Tätigkeit nicht von einer politischen Partei abhängig machen. Die Gewerkschaften müssen unabhängig sein.

5. Von allen politischen Parteien haben bisher allein die selbständigen Arbeiterparteien, die sich zur politischen Demokratie und zum Sozialismus bekennen, die Forderungen der Gewerkschaften mit Entschiedenheit in den Parlamenten vertreten. Deshalb stehen die sozialdemokratischen Parteien den Gewerkschaften am nächsten.

6. Die kommunistischen Parteien erstreben die Herrschaft über die Gewerkschaften. Sie wollen nach dem Diktat der kommunistischen Internationale die Leitung der Gewerkschaften an sich reißen, um die organisierten Arbeitermassen für ihre Parteiziele zu gebrauchen. Den gewerkschaftlichen Kampf der Arbeiterklasse lehnen sie ab, sie heruntersinken die Gewerkschaftsbewegung und scheuen in ihrer Bekämpfung der Gewerkschaften vor keinem Mittel zurück. Die in zahlreichen Ländern eingeriffene Zersplitterung der Arbeiterbewegung und die hieraus resultierende Erstarrung der wirtschaftlichen und politischen Reaktion ist hauptsächlich ihr Werk. Die kommunistische Internationale hat die rote Gewerkschaftsinternationale zu

Gewerkschaftliches.

Der Holzarbeiterverband sieht sich gezwungen, angesichts der verschärften Kampfplage von den in Arbeit stehenden Mitgliedern Extrabeiträge zu erheben, und zwar je nach der Höhe des Stundenverdienstes von 20 M bis 1 M . Die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes, der mit Stundeneinkommen seiner Mitglieder von weniger als 30 M bis zu 70 M zu rechnen hat, wissen, was auf dem Spiele steht und werden — so schwer es dem einzelnen Arbeiter auch fallen mag — das Opfer bringen, das die Konferenz des Verbandes, der Gewerkschafter und Ortsvertreter ihres Verbandes ihnen auferlegt hat. Ohne Opfer geht es in der Gewerkschaftsbewegung bei den fortwährenden Lohnkämpfen nun einmal nicht. Das haben die geschulten Mitglieder auch längst erkannt und handeln danach. Diese Einsicht nun auch den Massen beizubringen, ist dringende Notwendigkeit, gewerkschaftliche Erziehung und Erfahrung werden ihr Teil dazu beitragen.

Erhöhung der Beiträge im Buchdruckerverband. Von jeher stand der Buchdruckerverband mit seinen Beiträgen an der Spitze der Gewerkschaften. Dabei kommt ihm allerdings zuzustatten, daß er eine Organisation gelehrter Arbeiter bildet, deren Löhne nicht so niedrig sind wie die der Ungelernten. Weiter aber, daß er nur mit männlichen Mitgliedern und nicht mit Glendelöhnen weiblicher Mitglieder zu rechnen hat. Der Verband hat jetzt seinen Beitrag für Vollmitglieder ab 29. Juni auf wöchentlich 1,20 Goldmark festgelegt, für Gewerkschaftsmitglieder auf 0,90 Goldmark. Dazu kommen aber noch Gaubeiträge, Bezirksbeiträge und Ortsbeiträge, die bis zur Hälfte des ordentlichen Beitrages erhoben werden können, also bis zu 1,80 Goldmark in der Woche. Außerdem erhebt der Verband zwei Extrabeiträge von je 1 M .

Im Jahresbericht des Internationalen Gewerkschaftsbundes sind die Berechnungen für die eigene Organisation, außerdem für die Antikriegsfonds und über die Hilfsaktionen für Deutschland und Rußland enthalten. Die Berechnungen sind insofern bedeutungsvoll, als sie über die Stärke, Kapitalkraft und Opferbereitschaft der angeschlossenen Gewerkschaften manchen Aufschluß geben. In bezug auf die Unterstützung der deutschen Gewerkschaften sind im Bericht die in den einzelnen Staaten durchschnittlich auf ein Mitglied entfallenden Beträge ausgerechnet. Die Unterschiede sind sehr auffallend: Für Schweden war der Hilfsbeitrag pro Kopf des Mitgliedes 89,53, für Dänemark 29,87, für Holland 21,10, für die Schweiz 13,89 holländische Cents, die übrigen Staaten folgen in großem Abstand; der nächstfolgende ist die Tschechoslowakei mit 7,61 holländischen Cents. Auffallend gering war die Unterstützung aus England, 0,66 pro Mitglied, aus Belgien 1,85 holländische Cents. Die Länder mit entwertetem Geld und Italien mit seinen zerstörten freien Gewerkschaften kamen wenig in Betracht. Österreich hat mit 5,74 holländischen Cents verhältnismäßig viel beigetragen. Die amerikanischen Gewerkschaften haben sich bei der deutschen Gewerkschaftshilfe zum ersten Male beteiligt mit 18 000 Dollar (2,15 holländische Cents pro Kopf der Mitglieder). Ähnlich war das Verhältnis bei den Antikriegsfonds; auch hier stand Schweden, das ungefähr vier Fünftel des Fonds geliefert hat, mit 242 000 schwedischen Kronen an der Spitze. Allerdings sind hier die zu erwartenden größeren Beiträge aus Holland, Belgien, Dänemark und Frankreich noch nicht verrechnet. Die russische Hilfe wurde bereits 1921 durchgeführt und lieferte auf Grund der damaligen Verhältnisse andere Ergebnisse. Es wurden vom Internationalen Gewerkschaftsbund über 2 Millionen Gulden gesammelt, wozu mit den höchsten Beiträgen in der Reihenfolge: die Tschechoslowakei, Italien, Belgien, die zusammen mehr als die Hälfte des Gesamtbetrages lieferten, beteiligt waren. Ihnen folgten Holland, Frankreich, England, Schweden, Deutschland mit Beiträgen von je über 100 000 Gulden. Was die Beiträge für den Internationalen Gewerkschaftsbund angeht, so waren diese angesichts der Geldentwertung und der schlechten Verhältnisse in den letzten Jahren verhältnismäßig sehr gering. Sie betragen für 1923 insgesamt 89 000 Gulden, wovon mehr als 50 000 auf die Beiträge der englischen Gewerkschaften entfallen. Demzufolge war der Internationale Gewerkschaftsbund gezwungen, seine Ausgaben einzuschränken, er mußte die Hälfte seiner Angestellten abbauen.

Genossenschaftliches.

Die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Kaufleute hielt am 26. Juni in Ulm ihre 30. Generalversammlung ab, zu der 235 Genossenschaften 762 Vertreter entsandt haben.

Die Großeinkaufsgesellschaft ist die wirtschaftliche Zentrale der Konsumvereine und ist sowohl als Einkaufs- wie als Absatzgroßbetrieb tätig. Sie vermittelte seit ein Drittel der vor ihnen benötigten Bedarfsgüter. Sie beschäftigt in ihrer Hamburger Zentrale und ihren vielen über das ganze Reich zerstreuten Betrieben über 2000 Personen. Zur Erleichterung der Belieferung der Vereine sind Lagerhäuser errichtet in Hamburg, Spandau, Pillau, Breslau, Regensburg, Minden, Düsseldorf, Erfurt, Chemnitz, Nürnberg, Ludwigshafen und Mannheim. An eigenen Fabriken sind vorhanden: 3 Zigarettenfabriken in Hamburg, Potsdam und Frankfurt, 1 Kantabakfabrik in Korbau, 2 Tabakfabriken in Hamburg und Burgheim, 1 Zigarettenfabrik in Stuttgart, 2 Seifenfabriken in Düsseldorf und Göttingen, 1 Kleiderwarenfabrik in Hamburg, 1 Seifenwarenfabrik in Göttingen, 1 Seifenfabrik in Chemnitz, 1 Holzwarenfabrik in Dortmund, 2 Handbohrerfabriken in Chemnitz, 1 Fabrik chemisch-technischer Artikel in Göttingen, 1 Fabrik für Puddingpulver und dergleichen in Regensburg, 1 Fabrik für Fleischpulver und Fleischwaren und 1 Schokoladen- und Zuckerwarenfabrik in Ulm. Ferner sind für Textilienherstellung und Konfektion in Oppau, Seppelshagen, Dresden und Seiffersdorf, 1 Färbefabrik in Eichenheide. Ausschlaggebend beziehungsweise in großem Umfang beteiligt ist die Gesell-

schaft ferner an den Sächsischen Bekleidungswerken (Schuhwaren und Konfektion) in Dresden, einer Käseerei in Wangen im Allgäu und an der Fleischfuhrergesellschaft (Getriebefleisch) in Hamburg. An die großen Betriebe sind noch kleinere (Kaffeeösterei, Gewürzmühle, Delafillerei, Weinstellerei und Werkstätten, Laboratorien und anderes mehr) angegliedert. Es handelt sich ausschließlich um ganz modern eingerichtete leistungsfähige Betriebe größeren Ausmaßes. — Den Geschäftsbericht erstattete in der Generalversammlung Behold (Hamburg). Nebenergebnisse, ausgehend von dem vielfach schlechten Stande der Konsumvereine, dessen Besserung nur langsam und nicht ohne Verluste zu erwarten sei, die Wirkungen der Währungsnotlage auf die GEG., konnte aber feststellen, daß sie trotz der Bluthatpflanzung das Rückgrat der Konsumvereinsbewegung ist. Die Finanzprognose der GEG. durch die Vereine habe einen Umfang angenommen, der zwangsläufig zu scharfen Maßnahmen geführt habe. Wenn auch manches zusammenbrechen, die GEG. müsse unter allen Umständen erhalten bleiben. Leider hätten manche Vereine, wie ihr zum Teil recht illoiales Verhalten zeige, den Ernst der Lage noch immer nicht begriffen. Die Befriedigung des Kreditbedürfnisses der Vereine sei nur möglich gewesen durch Aufnahme beträchtlicher Kredite durch die GEG., deren Abbau nur nach und nach möglich sein werde. Jedenfalls werde aber die Kreditwürdigkeit der Gesellschaft erhalten werden. Der Berichterstatter der Revisionskommission und der gewählte Revisor empfahlen die Genehmigung der Jahresrechnung. Als Revisor wurde Junger (Hamburg) wiedergewählt. Zu Protokollisten wurden Lammel und Voje (Hamburg) bestellt. Zu Aufsichtsratsmitgliedern wurden gewählt: Wästlein (Hamburg), Kaufmann (Hamburg), Klöbel (Nürnberg), Schulze (Halle), Bösch (Cannstatt), Bauer (München), Brenbach (Schwäbisch-Gmünd), Götz (Königsberg, Ostpreußen), Hoffmann (Breslau) und Nupprecht (Böln). — Die Goldmarkbilanz, die ein Goldmarkstammkapital von 2 1/2 Millionen Mark enthält, wurde genehmigt und sodann das Stammkapital bis auf 5 Millionen Goldmark erhöht. Das eingezahlte Stammkapital wird in Goldmark umgerechnet und mit 25 % bewertet. Die Beschlüsse wurden ohne Debatte einstimmig genehmigt.

Sozialpolitisches.

Produktive und unproduktive Arbeit. Die Debatten darüber, wie der Produktionsbeitrag erhöht, die Produktionskosten herabgesetzt werden können, sind sehr wichtig. Wenn dabei auf die gegenwärtige Falschorganisation der Produktion mit der erfolgten Ueberzeugung der Wirtschaft mit unproduktiven Elementen hingewiesen und deren Beseitigung empfohlen wird, so muß man dem auch zustimmen. So hat Professor Pirich unbedingt recht, wenn er in seinem jüngst erschienenen Buch über die deutsche Währungsfrage den Abbau der Viehzüchter in Handel, Vermittlungs- und Bankwesen (insbesondere durch äußerste Einschränkung künstlich geschaffener Kredite, Begünstigung des profitorientierten Warenverkehrs der Genossenschaften) verlangt. Dieser Abbau, der übrigens besonders im Vorkriegsbereich nach Aufhören der Inflation bereits radikal vollzogen wurde, ist aber nur die negative Forderung, der eine andere positive an die Seite gestellt werden muß: was mit den Abgebauten geschieht soll. Umwidlung, Berufsberatung, Arbeitsvermittlung und letzten Endes auch die Ermöglichung der Auswanderung gehören auf dieses Blatt. Wir möchten aber auf die Grundfrage zurückkommen und zunächst einmal die grobe Verallgemeinerung der Bezeichnung von produktiver und unproduktiver Arbeit zurückweisen. Insbesondere muß gegen einen im letzten Heft der „Wirtschaftskurve“ erschienenen Aufsatz über die „Zunahme unproduktiver Arbeitskräfte“ in mehr als einer Hinsicht Widerspruch erhoben werden. Dort werden als produktive Löhne nur die Löhne bezeichnet, die für die Arbeiter aufgewendet werden müssen, die mit der Hand oder der Maschine das Produkt bearbeiten. Die Einschränkung, daß die übrigen Arbeiter, im volkswirtschaftlichen Sinn betrachtet nicht nur als unproduktiv bezeichnet werden können, wird zwar gemacht. Zu wissenschaftlichen Zwecken, wo die Begriffe geordnet und unrischen gemacht werden, mag die Zweiteilung der Arbeiterkraft in dem ausgeführten technischen Sinn ihre Berechtigung haben. Es muß aber ein Anflug daraus entstehen, sobald diese Bezeichnung ins praktische Leben als Schlagwort hineingetragen und besonders wenn sie als Waffe in der Hand der Unternehmer gegen die Arbeiter und Angestellten ausgenutzt wird. Und das geschieht in der Tat sehr häufig. Die Arbeit des Ingenieurs, der die Pläne entwirft, des Arbeiters, der unentbehrliche Vorarbeiten der Produktion verrichtet, im gewöhnlichen Sprachgebrauch als unproduktiv zu bezeichnen ist ein gefährliches Unterfangen und muß von der Hand gewiesen werden. Nun kommt es aber auf das Verhältnis der sogenannten „produktiven“ Arbeiter zu den anderen Arbeitern beziehungsweise Angestellten an, und hieran kann sich eine mehr oder minder gerechte Kritik anknüpfen. Ohne Zweifel sind seit dem Kriege viele überflüssige beziehungsweise überhörsige Elemente in diese Kategorie hineingeraten, wofür die erhöhte Zahl der Erwerbsuchenden und die durch die Inflation entstandenen neuen Tätigkeiten (zum Beispiel vermehrte Arbeit zur Lohnausrechnung) verantwortlich sind. Diese wurden, wie erwähnt, bereits zum guten Teil abgebaut. Wichtig ist es aber, wenn der erwähnte Aufsatz in der „Wirtschaftskurve“ von der zu geringen Spanne zwischen weiblicher und männlicher, gelernter und ungelerner Arbeit und der der unteren und höheren Angestellten spricht beziehungsweise wenn er für diese Kategorie statistisches Material bringt. Die Verringerung des Abstandes zwischen den Löhnen und den Gehältern der verschiedenen Gruppen erfolgte deshalb, weil in den verarbeitenden Ländern das allgemeine Lohnniveau sank, wogegen die Reallohne der ungelerten weiblichen Arbeiter usw. auch schon vor dem Kriege ein Existenzminimum darstellten, das nicht wesentlich herabgedrückt werden kann, wenn die Arbeitskraft überhaupt erhalten bleiben soll. Wenn der Ruf nach Steigerung der Löhne der gelernten Arbeiter erhoben wird, so kann man dem zustimmen. Wenn aber einfach nur auf das Mißverhältnis hingewiesen wird,

so wird nicht die Lohnsteigerung für die gelernten, sondern die Lohnherabsetzung beziehungsweise das Bestehenbleiben der gegenwärtigen unbilligen Lohnlage für die anderen die Folge sein. Wehnlich bedenklich ist es, wenn der Aufsatz in der „Wirtschaftskurve“ die soziale Gesetzgebung, die „selbst den Ungeeigneten oder wenig Arbeitswilligen in seiner Stellung schützt“, für das schlechte Arbeitsergebnis verantwortlich macht. Die Befürchtung, wegen Mangels an Arbeitswilligen die Stelle zu verlieren, würde nicht mehr so stark antreibend wie früher, wird dort gesagt. Man kann dem allerdings eine andere Art von Befürchtung, die das Arbeitsergebnis ungünstig beeinflusst, entgegenstellen: die Furcht des Arbeiters vor der Arbeitslosigkeit, die ihn oft zur Verlangsamung seiner Arbeit veranlaßt. Durch den Abbau der getadelten sozialen Gesetzgebung die Rechte der Unternehmer zur Entlassung ihrer Arbeiter und Angestellten zu erweitern, ihnen ungerechtfertigte Betriebsbeschränkungen zum Schaden nicht nur ihrer Angestellten und Arbeiter, sondern der ganzen Volkswirtschaft zu erleichtern, ist in der Zeit der Herrschaft der Schwerindustrie und des Monopolkapitals ein Unterfangen, dem wir uns mit aller Kraft entgegenstellen müssen.

Fachliteratur.

Heft 277 der Dekorationsmalerei der „Malerzeitung“. Verlag von Jüfel & Götzel in Leipzig. Das Heft bringt 6 Tafeln: Notizhefte, Entwurf von Prof. W. Jüfel. Der Künstler zeigt, wie ein so haltmünder Facharbeiter in geschickter Weise wendig und zweckmäßig durch Farbgebung hergerichtet werden kann. F. L. u. n. g. a. u. und F. r. e. s. e., von F. J. o. b. u. s. e. n. t. w. o. r. f. e. n., sind vielfach verwendbar. S. g. r. a. f. f. i. t. o. d. e. l. o. r. a. t. i. o. n., von Prof. Paul Köhler entworfen. Bornehm und ruhig in der Gesamtwirkung, spricht dieser prächtige gelungene Entwurf für sich selbst. Wandmuster im primitiven Charakter, von Kurt Klinger entworfen. Wir sind zwar schon in modernen Stillebungen etwas gewohnt, aber Vorlagen in solch primitiven Formen wirken nicht erzieherisch. Tafel 5 bringt eine hübsche Fraturschrift von Paul Max Berger.

„Deutsche Malerzeitung die Wappe“. Verlag Georg D. W. Callwey, München, Pflanzstr. 2. Das Jubiläum dieser unter der deutschen Kollegenschaft weitestverbreiteten Fachzeitschrift liegt in reicher, bester Ausgestaltung mit vier Vorlagetafeln vor. Allen Berufscollegen, die technisch und praktisch auf der Höhe bleiben wollen, kann dieses gutgeleitete Fachblatt zu ihrer notwendigen dauernden Weiterbildung empfohlen werden. Der Bezugspreis für das 3. Vierteljahr 1924 beträgt für Ausgabe B (mit Wappe) 3,50 Goldmark, für Ausgabe A (ohne Wappe) 2,25 Goldmark. Bestellungen werden bei jedem Postamt angenommen, oder man zahlt den Betrag unter Konto Nr. 5631, Postfachamt München.

Literarisches.

Douglas Dawson. Leben und Tod am Südpol. Berlin, Verlag J. A. Brockhaus, 168 S., geb. 2,50 Goldmark. Der reich mit Abbildungen und Karten geschmückte 26. Band der bekannten Sammlung „Reisen und Abenteuer“, der unter dem Titel des Originalwerkes „Leben und Tod am Südpol“ erschienen ist, schildert die epische Expedition zur Entdeckung des Südpols. Zum erstenmal wird auf Dawsons Expedition der nach vielen Bemühungen erfolgreiche Versuch gemacht, durch Festschnee mit der zivilisierten Welt in Verbindung zu treten. Auch dieser empfehlenswerte Band vermag Gochachtung einzuflehen: der dem hohen Geist und der Energie der Männer, die ihr Leben im Kampf mit der Natur aus Spiel setzen, um der Wissenschaft und damit der Menschheit zu dienen.

10 Jahre deutscher Reichsfinanzpolitik. Kritische Würdigung vom Standpunkt der Sozialdemokratie, herausgegeben von J. A. Brodhahn, 168 S., geb. 2,50 Goldmark. Der reich mit Abbildungen und Karten geschmückte 26. Band der bekannten Sammlung „Reisen und Abenteuer“, der unter dem Titel des Originalwerkes „Leben und Tod am Südpol“ erschienen ist, schildert die epische Expedition zur Entdeckung des Südpols. Zum erstenmal wird auf Dawsons Expedition der nach vielen Bemühungen erfolgreiche Versuch gemacht, durch Festschnee mit der zivilisierten Welt in Verbindung zu treten. Auch dieser empfehlenswerte Band vermag Gochachtung einzuflehen: der dem hohen Geist und der Energie der Männer, die ihr Leben im Kampf mit der Natur aus Spiel setzen, um der Wissenschaft und damit der Menschheit zu dienen.

Vom 6. bis 12. Juli ist die 28. Beitragswoche.

Sterbetafel.

Altenburg. Am 30. Juni starb unser Mitglied Paul Winter im 85. Lebensjahre.
Berlin. Am 28. Juni starb der Kollege Adolf Möller, geboren am 21. Dezember 1864 in Warschau.
Breslau. Am 2. Juni starb an den Folgen eines Berufsunfalls unser Kollege, der Lackierer Fritz Blafel, im Alter von 86 Jahren. — Am 14. Juni fand den Tod durch Ertrinken unser Kollege, der Maler Friedrich Peter, im Alter von 83 Jahren.
Dresden. Am 20. Juni starb nach einer Magenoperation infolge Herzlähmung unser treues Mitglied Karl Rückert im Alter von 89 Jahren.
 Ehre ihrem Andenken!

Anzeigen

Junge, tüchtige Malergehilfen
 stellt sofort ein
Adolf Krohn, Dekorationsmaler,
Neustadt (Westlg.), Große Straße 4.

Dekorationsmaler, erste Kraft,
 perfekt in allen vorkommenden Arbeiten, auf sofort für dauernd nach Celle, Provinz Hannover, gesucht. Ausführliches Bewerbungsschreiben mit Lohnansprüchen, Zeugnissen, Skizzen und event. Bild unter X. 150 an die Geschäftsstelle der Celleschen Zeitung in Celle erbeten.

Hauskassierer gesucht. Die Filiale Bremen sucht zum baldigen Antritt einen ständigen Hauskassierer. Anstellungsbedingungen sind im Bureau beim Kollegen H. Goldstein zu erfahren. Geeignete Kollegen, die sich um diesen Posten bewerben und mindestens 5 Jahre Mitglied des Verbandes sein müssen, wollen ein kurzes Bewerbungsschreiben mit Aufschrift „Bewerbung für Hauskassierer“ bis spätestens den 19. Juli an den Obmann der Anstellungscommission, Kollegen V. Laki, Bremer Regensburger Straße 2, 1. Etage, senden.
 Filialverwaltung Bremen.